

Fragen der Frauen Union der CDU Deutschlands an die Kandidaten für die Wahl des bzw. der Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Antworten von Annegret Kramp-Karrenbauer

Volkspartei CDU

Sehen Sie die CDU als Partei der Mitte gut verankert? / Welche Maßnahmen haben Sie in den letzten Jahren angestoßen oder mit vorangetrieben, um den Zusammenhalt in der CDU und deren Zukunftsfähigkeit zu stärken? / Wie werden Sie die Vereinigungen in der CDU konkret stärken? / Das Erstarken rechtsgerichteter Bewegungen und rechtspopulistischer Parteien stellt uns vor große Herausforderungen. Wie wollen Sie die Demokratie in Deutschland stärken?

Die CDU ist die einzige echte Volkspartei der Mitte. Auf Grundlage des christlichen Menschenbildes vereinen wir in uns liberale, konservative und soziale Strömungen. Diese Vielfalt macht uns stark. Diese Vielfalt ist nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit – sie ist Ausdruck dessen, dass wir als Volkspartei der Mitte alle Menschen in den Blick nehmen. Dass wir zu einem fairen Interessenaustausch beitragen wollen. Dass wir nicht einseitige Klientelpolitik betreiben. Und dass wir das Verbindende über das Trennende stellen.

Dieser Einzigartigkeit als Volkspartei müssen wir uns selbst vergewissern. Genau zu diesem Zweck haben wir uns als Partei im Frühjahr dieses Jahres gemeinsam auf den Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm gemacht. Wir wollen uns unserer Werte und Wurzeln vergewissern und darauf aufbauend gemeinsam Antworten auf die Fragen der Zukunft finden. Es geht nicht darum, uns neu zu erfinden – unser Markenkern als Christlich Demokratische Union ist völlig klar. Aber es geht darum, zu neuer Stärke zu finden. Darauf ist der Grundsatzprogrammprozess ausgerichtet. Ich bin froh, dass tausende Mitglieder sich in den letzten Monaten an rund 50 Terminen meiner Zuhör-Tour beteiligt haben und sich mit ihren Ideen in den Prozess der programmatischen Erneuerung eingebracht haben. Genauso wie die acht Regionalkonferenzen, die gerade hinter uns liegen, haben mir die Termine gezeigt: Unsere Partei lebt. Unsere Partei will debattieren. Unsere Mitglieder sind so vielfältig, ideenreich, kreativ und kompetent – wir sind die größte politische Denkfabrik, die es in Deutschland gibt! Als Parteivorsitzende werde ich dafür sorgen, dass diese schlaun Köpfe auch zur Geltung kommen. Nur wenn wir dieses Potential nutzen, bleiben wir auf Dauer starke Volkspartei.

Das betrifft auch die Zusammenarbeit mit unseren Vereinigungen. Die sieben Vereinigungen – FU, JU, SU, KPV, MIT, CDA und OMV – sind die Spürhunde unserer Partei. Durch sie sind wir am Puls vieler gesellschaftliche Teilgruppen. Sie vermitteln uns Stimmen und Stimmungen und sorgen dafür, dass uns zentrale Themen und Interessenlagen nicht entgehen. Schon als Ministerpräsidentin des Saarlandes bin ich immer wieder mit den Mitgliedern und Vorsitzenden einzelner Vereinigungen zusammengekommen, um mich auszutauschen. Seitdem ich Generalsekretärin der CDU Deutschlands bin, hat sich dieser Kontakt noch einmal intensiviert. Mein Eindruck ist: Auch hier haben wir, genauso wie beim Austausch mit den „einfachen“ Mitgliedern, noch erhebliches Steigerungspotential: Nicht nur im Austausch zwischen Parteiführung und einzelnen Vereinigungen, sondern auch im Austausch der Vereinigungen untereinander. Ich will dafür sorgen, dass wir uns als eine echte „Union“ verstehen. Eine Union, die

nur dann stark ist, wenn ihre Vereinigungen sich als Teil eines Ganzen begreifen und nicht nebeneinander, schon gar nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit dem eingeschlagenen Weg zu neuer Stärke finden. Auf unserem Weg zum neuen Grundsatzprogramm werden wir unser Profil schärfen, Unterschiede zu anderen Parteien deutlicher herausstellen und damit auch zur Stärkung der Demokratie insgesamt beitragen. Demokratie lebt vom Wettbewerb und von der Auswahl. Populisten und Demokratiefeinde sind besonders dann erfolgreich, wenn die etablierten Parteien und Personen es an Klarheit und Differenzierung vermissen lassen und Antworten auf die drängenden Fragen der Menschen schuldig bleiben. In diesem Sinne will ich gemeinsam mit den Mitgliedern unserer stolzen Volkspartei wieder zu einer stärkeren Unterscheidbarkeit beitragen. Und es gibt sie ja, die Unterschiede: Die CDU ist Partei des Umweltschutzes. Aber anders als die Grünen setzen wir vielmehr auf marktkonforme Anreize als auf Verbote und Regulierungen. Die CDU ist Partei der Arbeitnehmer. Aber anders als die SPD und erst Recht die Linke setzen wir nicht auf die Allmacht des Umverteilungsstaates, sondern auf die Selbstentfaltungskräfte freier Bürgerinnen und Bürger. Die CDU ist eine liberale Partei. Aber anders als die FDP setzen wir nicht auf das freie Spiel der Kräfte allein, sondern kanalisieren diese vielmehr hin auf ihren letztlichen Bestimmungszweck, das Allgemeinwohl. Die CDU ist die Partei der nationalen Identität. Aber anders als die AfD setzen wir nicht auf einen übersteigerten, geschichtsvergessenen Nationalismus, sondern auf unser nationales Wohlergehen mit starker regionaler Verwurzelung in einem geeinten demokratischen Europa. Wenn es uns gelingt, all das als unverwechselbare Grundsatzpositionen klar herauszuarbeiten und zum verbindlichen Orientierungsmaßstab unserer Politik zu machen, bin ich mir sicher, dass wir als Volkspartei eine blühende Zukunft haben werden.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um den Frauenanteil unter den CDU-Mitgliedern zu steigern? / Frauen sind trotz des Quorums in der CDU nach wie vor auf fast allen Ebenen der Partei und in Ämtern unterrepräsentiert. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um überall zu einer dauerhaft höheren Teilhabe von Frauen zu kommen? / Teilen Sie den Anspruch, zu einer hälftigen Beteiligung von Frauen in Ämtern und Mandaten zu kommen und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie dies erreichen? / Unterstützen Sie das Anliegen, im Zuge der im Bundestag anstehenden Wahlrechtsreform zu verbindlichen Regelungen und gegebenenfalls gesetzlichen Änderungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Bundestag zu kommen? Wenn ja, favorisieren Sie bestimmte Modelle? / Wählerinnen sichern der CDU nicht nur Mehrheiten, sondern sind Ausdruck einer Volkspartei. Wie wollen Sie dieses Wählerpotential künftig sichern und mit welchen Maßnahmen ausbauen?

Ich bin und bleibe tief geprägt von Rita Süßmuth. Sie hat einmal gesagt: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Und ich füge hinzu: Ohne Frauen ist keine Volkspartei zu machen. Und ohne Frauen sind keine Wahlen zu gewinnen. Deshalb müssen wir schleunigst den Frauenanteil in unserer Partei steigern. Noch drängender aber ist, den Frauenanteil in Parteiämtern und Fraktionen zu steigern. Das Quorum war ein wichtiger Schritt. Aber ich finde es unerträglich, wie dreist bisweilen das Quorum einfach durch mehrere Wahlgänge umgangen wird. Ich bin sehr dafür, parteiintern für mehr Verbindlichkeit zu sorgen – bis hin zu der Überlegung, die Missachtung des Quorums zu sanktionieren. Schwieriger ist es bei den Fraktionen, da hier nicht nur die Listen entscheidend sind, sondern auch die Direktmandate in den Wahlkreisen. Auch hier müssen wir uns Gedanken machen. Ich rate uns dringend, dass wir eine parteiinterne Lösung finden. Denn die Alternative zu einer solchen Lösung wäre eine gesetzliche Neuregelung, die ich gerne vermeiden möchte – aber nicht

um den Preis, dass auch künftig so wenige Frauen in unseren Fraktionen sind. Für den Komplex der Direktmandate kann ich mir zum Beispiel vorstellen, dass es Fristen für die Erklärung von Kandidaturen gibt. Sämtliche Kandidaturen müssten dann schon vor einer Wahlentscheidung bekanntgemacht werden, sodass hier auf das Entscheidungsgremium der nötige Druck aufgebaut werden kann, bei der Nominierung in ausreichendem Maß Frauen zu berücksichtigen. Wir kommen ohne Druck nicht weiter. Ich will mich nicht mit dem Prinzip Freiwilligkeit auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertrösten lassen.

Ich werbe auch künftig für ein positives Verständnis der Quote. Für mich bedeutet eine Quote zunächst einmal, dass jemand eine Chance bekommt, sich in einer Funktion zu beweisen. Wenn man den Beweis schuldig bleibt, ist man das Amt auch schnell wieder los. Das gilt für Frauen; und das hat im Übrigen auch für Männer zu gelten. Ich habe meinen Eintritt in die Politik der Quote zu verdanken. Heute sage ich voller Stolz: Ich bin eine Quotenfrau, und ich habe meine Chance genutzt. Und ich möchte als Parteivorsitzende daran arbeiten, dass auch unsere CDU ihre Chance nutzt, indem sie Frauen Gehör verschafft, indem sie Frauen in Ämter und Mandate bringt. Nur so kommen wir zu neuer Stärke – für unsere Partei und für unser Land.

Starke Frauen in verantwortungsvollen Positionen unserer Partei zu haben, macht uns im Übrigen nicht nur für Wählerinnen attraktiv – ich bin überzeugt davon, dass auch ein Großteil der Männer in unserem Land erwartet, dass Politik keine reine Männerdomäne ist. Heute bringt eine reine Männer-Führungsmannschaft in einem Ministerium die ganze Republik auf die Palme und auch die eigene Partei. Vor 15 Jahren hätte es niemanden interessiert. Daran sieht man, was sich alles ändert. Diese Änderungen machen auch vor der CDU nicht halt. Gott sei Dank nicht.

Wahlen gewinnen

Die Ausdifferenzierung des politischen Spektrums und die damit verbundene schwieriger werdende Mehrheitsbildung in den Parlamenten auf allen Ebenen stellt auch die CDU vor neue Entscheidungen. Wie stehen Sie zu einer Zusammenarbeit oder Koalitionen mit Parteien am rechten oder linken Rand des politischen Spektrums?

Dazu ist alles gesagt: Die AfD vertritt Positionen, die mit den Werten und Überzeugungen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands unvereinbar sind. Sie hat keinerlei Distanz zum radikalen rechten Rand. Sie relativiert die deutsche Geschichte. Sie bietet fremdenfeindlichen und antisemitischen Positionen eine Heimat. Deshalb werde ich mich mit aller Kraft gegen jede Zusammenarbeit stemmen. Auch mit den Populisten von links lehne ich eine Zusammenarbeit ab. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu bereits im Februar dieses Jahres einen Beschluss gefasst. Auf dem Parteitag bringt der Parteivorstand einen Antrag ein, dass wir auch als Partei formal festhalten, Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit mit Linkspartei und AfD abzulehnen. Ich werde für den Antrag werben.

Themen setzen

Welche inhaltlichen Impulse werden Sie für die künftige Ausrichtung der CDU anstoßen? / Der Grundsatzprogramm-Prozess der CDU bietet die Chance, Leitthemen für die Arbeit der

nächsten Jahre zu setzen. Nennen Sie uns bitte die drei Schwerpunkte, die Ihnen für die künftige inhaltliche Ausrichtung der Partei am wichtigsten sind.

Ganz entscheidend aus meiner Sicht ist: Eine Parteivorsitzende muss führen und selbst Themen setzen, das stimmt. Genauso wichtig aber ist es, die Mitglieder unserer Volkspartei zu Wort kommen zu lassen: Unsere Partei ist der größte politische Think Tank dieses Landes. Dieses Potenzial müssen wir nutzen!

Ganz in diesem Sinne bin ich in den Monaten seit meinem Amtsantritt in der Partei unterwegs gewesen. Ich wollte wissen, was unseren Mitgliedern auf den Nägeln brennt, welche Fragen sie haben, welche Themen ihnen am Herzen liegen und welche Ideen sie haben. Diese Begegnungen habe ich genutzt, um meine eigenen Vorstellungen von der Zukunft unserer Partei und den Themen, die wir angehen müssen, mit denen unserer Mitglieder abzugleichen. Im Ergebnis sehe ich in der Tat drei Schwerpunkte, die aus meiner Sicht und aus Sicht vieler Menschen im Land von ganz entscheidender Bedeutung sind:

Wir brauchen erstens eine neue Dynamik für die Wirtschaft und Wohlstand in der digitalen Welt im globalen Wettbewerb. Das bedeutet, dass wir zu einer strategischen Industriepolitik im Wettbewerb mit China und den USA kommen müssen, dass wir innerhalb der EU eine Harmonisierung von Steuern und wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern benötigen und dass wir den Abbau von Hindernissen für Unternehmer angehen müssen, wie zu viel Bürokratie und zu wenige Fachkräfte. Zweitens geht es um neue Sicherheit für die Bürger in Deutschland und Europa. Die Menschen in Deutschland werden die neue Dynamik nur mitgehen, wenn sie sich sicher fühlen. Ich will einen starken und verlässlichen Staat, der nicht schrill im Ton ist, aber konsequent im Handeln. Diese neue Sicherheit ist dann auch ein Beitrag für den dritten Schwerpunkt. Wir brauchen einen neuen Zusammenhalt in unserem Land. Dazu gehört für mich in erster Linie, dass wir die große Mitte der Gesellschaft stärken. Die Menschen, die sich anstrengen und an die Regeln halten, müssen es spüren, dass sie im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Sie müssen es spüren in ihrer Lohntüte und dadurch, dass sie ein Haus bauen können oder sich eine Wohnung leisten.

Neue Dynamik, neue Sicherheit, neuer Zusammenhalt – mit diesen Schwerpunkten will ich unsere Partei zu neuer Stärke führen und dafür sorgen, dass wir uns als starke Volkspartei der Mitte in den Dienst unseres Landes stellen.

Probleme anpacken

Menschen, die zu uns kommen und hier Schutz suchen, müssen unsere Werteordnung akzeptieren und die Gesetze befolgen. Wie kann das erreicht werden?

Es stimmt: Wir müssen Zuwanderern sehr viel stärker als bisher unsere Wertvorstellungen, unsere Gesetze und die Regeln unseres Zusammenlebens nahebringen. Dabei darf all das nicht verhandelbar sein, es darf keinen Kulturrabatt oder sonstiges relativierendes Entgegenkommen geben. Denn je klarer und je deutlicher man gleich von Anfang an die Marschrichtung vorgibt, desto eher wird der Integrationsprozess gelingen.

Das gilt vor allem in unseren Schulen. Ich weiß aus meiner Regierungspraxis, dass schwer integrierbare Kinder und Jugendliche die Lehrerkollegien auf eine Art belasten, wie wir das nicht

hinnehmen dürfen. Denn darunter leiden nicht nur Lehrerinnen und Lehrer. Darunter leiden insbesondere auch die anderen Kinder. Darunter leidet das gesamte System Schule. Leider ist es dann oftmals noch so, dass die Eltern ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, ihre Kinder zu einem sozialverträglichen Verhalten nach den Maßgaben unserer Wertvorstellungen anhalten. Das sind natürlich längst nicht alle Eltern, aber in Teilen eben doch zu viele, um einen anständigen Schulbetrieb aufrechtzuhalten. Hier sollten wir überlegen, ob wir in ganz besonders schweren Fällen das bewusste Versagen der Eltern nicht als Abschiebegrund definieren. Denn dies wäre mit Sicherheit eine Sanktion, die ernst genommen würde.

Wichtig ist mir: Voraussetzung für die Integration von Menschen, die zu uns kommen und hier Schutz suchen, ist, dass wir uns zunächst selbst darüber verständigen, wer wir sind, was wir wollen, was uns ausmacht und wie wir uns ein Zusammenleben als Gesellschaft vorstellen. Ein Beispiel: Wenn wir aus vermeintlicher Rücksicht gegenüber Andersgläubigen Sankt-Martins-Umzüge in Lichterfeste umbenennen oder im Kindergärten auf das gemeinsame Singen von Advents- und Weihnachtsliedern verzichten, dann sind nicht diejenigen, die zu uns kommen das Problem, sondern wir selbst. Wenn wir uns selbst nicht mehr trauen, zu unserer Kultur und unseren Traditionen zu stehen und diese zu leben, dürfen wir uns im Nachhinein nicht darüber beklagen, wenn Zuwanderer unsere Werte, Traditionen und Bräuche weder kennen noch mitleben.

Deutschland ist objektiv eines der sichersten Länder weltweit. Dennoch fühlen sich viele Menschen nicht sicher. Welchen Stellenwert messen Sie diesem Problem bei und was würden Sie gegen diese Verunsicherung unternehmen?

Neue Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem ist eines meiner Kernanliegen. Es ist richtig: Wir dürfen nicht nur auf die objektiven Kriterien schauen, wir müssen auch die Wahrnehmung der Menschen ernst nehmen. Und da ist es in der Tat so, dass bei vielen ein grundlegendes Gefühl der Sicherheit verloren gegangen ist. Das darf uns nicht kalt lassen: Es ist die Aufgabe der CDU, dafür zu sorgen, dass die Menschen Vertrauen in einen verlässlichen Staat haben, der Regeln setzt und diese Regeln auch konsequent durchsetzt. Als Partei der Inneren, Europäischen und Äußeren Sicherheit ist die CDU dafür verantwortlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in Sicherheit leben können. Ich will einen starken und verlässlichen Staat, der nicht schrill im Ton ist, aber konsequent im Handeln. Ich will einen Rechtsstaat, der sich nicht auf der Nase herumtanzen lässt. Ganz konkret bedeutet das zum Beispiel, dass ich mich als Parteivorsitzende einsetzen werde für: die Steuerung und Ordnung der Migration und konsequente Abschiebung für nicht Bleibeberechtigte; die Vollendung von Schengen durch den wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen und eine europaweite Wiedereinreiseperrre für Straftäter; eine einsatzfähige Bundeswehr und eine einsatzfähige Europäische Armee im Zusammenspiel mit der Nato; einen Staat, der nicht nur von internationaler Verantwortung redet, sondern dazu in der Lage ist, diese wahrzunehmen. Wenn wir diese Maßnahmen konsequent angehen, wird es uns gelingen, die tatsächliche Sicherheitslage weiter zu verbessern und vor allem das für das Zusammenleben der Gesellschaft so ungemein wichtige Sicherheitsgefühl zu stärken.

Das ungewöhnlich warme Jahr 2018, der Dieselskandal und die richterlich angeordneten Fahrverbote in einigen Städten haben den Umwelt- und Naturschutz wieder stark in den Blick

gerückt. Welche politischen Schwerpunkte würden Sie mit Blick auf eine nachhaltige zukunftsgerichtete Politik setzen?

Als Partei mit dem „C“ im Namen muss uns Umwelt- und Naturschutz ein inneres Anliegen sein: Die Bewahrung der Schöpfung, dafür zu sorgen, dass wir unseren Kindern und Enkeln einen lebenswerten Planeten übergeben – das muss wieder viel stärker Schwerpunkt unserer Politik als Christdemokraten sein. Mein erster Chef war Klaus Töpfer, damals als er Landesvorsitzender der CDU Saar war und ich als Grundsatz- und Planungsreferentin für ihn arbeitete. Für meine ganz persönliche Haltung zu Umwelt- und Naturschutz genauso wie für unsere Partei insgesamt war er maßgebend: Klaus Töpfer hat idealtypisch gezeigt, dass Umweltschutz und gute Wirtschaftspolitik einander nicht ausschließen, sondern sich verbinden lassen.

Das ist im Übrigen auch ein zentraler Unterschied zu den Grünen, denen wir das Thema nicht überlassen dürfen. Nicht nur aus wahltaktischen Gründen, sondern vor allem, weil ich überzeugt bin, dass wir die besseren Rezepte haben. Denn anders als die Grünen stehen wir für ausgleichende Lösungen, die die Interessen aller Beteiligten in den Blick nehmen – etwa bei der Frage nach dem Ende der Kohleverstromung. Einfach nur möglichst schnell auszusteigen, ohne das Schicksal der immer noch über 20 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Braunkohleindustrie zu beachten, kann nicht der richtige Weg sein. Nachhaltige Politik denkt vom Ende her und sorgt für einen gelingenden Strukturwandel, bei dem Umweltschutz und Perspektiven der Menschen vor Ort nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die gleiche Abwägungsfrage gilt im Übrigen auch beim Thema Diesel. Ja, es ist richtig, dass wir für gute Luft in den Städten sorgen müssen. Gleichzeitig haben die Deutschen das Recht, mit ihrem Auto durchs Land zu fahren – durchs ganze Land. Das darf, das will und das wird der Staat ihnen nicht verbieten. Die drohenden Fahrverbote haben die Betrüger in den Autokonzernen zu verantworten – niemand anderes. Deshalb stehen sie in der Pflicht. Wieder gilt: Im Sinne des Gemeinwohls hat die Politik die Verantwortung für einen fairen Interessenaustausch zu sorgen. Das bedeutet dann auch, dass man der Deutschen Umwelthilfe durchaus auch mal widersprechen kann. Nämlich genau dann, wenn man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass sie sich einem solchen Interessenausgleich verwehren und stattdessen einen Lobby-Feldzug auf dem Rücken des Gemeinwohls führen. Mein Vorschlag eines Fonds für freie Fahrt und gute Luft ist ein Beitrag zu einer nachhaltigen, zukunftsgerichteten Wirtschaft- und Umweltpolitik.

Verbraucherschutz tangiert alle. Dennoch bekommt es als Querschnittsthema häufig nicht die nötige Aufmerksamkeit in unserer politischen Debatte. Wie können wir hier überzeugender – auch gegen Lobbyinteressen – Position beziehen?

Verbraucherschutz überhaupt als Querschnittsthema zu begreifen, ist ein ganz entscheidender Schritt. In einer Zeit, in der Angebote, Verträge, AGBs und Online-Shopping immer mehr an Bedeutung zugenommen haben, braucht es einen klaren Blick der Verbraucher durch den Angebots-Dschungel. Deshalb ist der Begriff Verbraucherschutz auch etwas irritierend; viel eher sollten wir über Verbraucherstärkung sprechen. Denn unser Ziel ist der informierte Verbraucher, der für sich die richtigen Entscheidungen trifft, und nicht der unmündige Verbraucher, der zu schützen ist. Dass dieses Thema in seiner großen Bedeutung noch nicht überall erkannt ist, muss uns auch in der CDU ein Ansporn sein. Ich würde wetten, dass derzeit selbst der Großteil der politikinteressierten Bevölkerung nicht weiß, in welchem Ministerium der Verbraucherschutz in

der Bundesregierung angesiedelt ist. Zur Ehrlichkeit gehört meines Erachtens auch, dass auch wir als Partei das Thema in zu geringem Maße bespielen und nicht immer das Bedürfnis nach besseren Verbraucherrechten erkennen. Dabei muss eigentlich klar sein, dass Verbraucherrechte elementarer Bestandteil von Bürgerrechten sind. Die Menschen in Deutschland müssen darauf vertrauen können, dass sie als Kunde und Verbraucher fair behandelt werden, vor Betrug geschützt werden und dass Dienstleistungen und Produkte gleichwertig hohen Standards entsprechen. Das gilt erst recht in einer zunehmend digitalen Welt. Als Parteivorsitzende werde ich mich dafür einsetzen, dass wir bei allen unseren programmatischen Vorschlägen immer mindestens einmal die Frage stellen, was aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher zu bedenken ist. Ich denke in der Tat, dass das vor allem eine Mentalitätsfrage ist.

Familien stärken

Familien brauchen Zeit, Geld und eine gute Infrastruktur. Mit der Brückenteilzeit, dem Familienentlastungsgesetz und dem Gute-Kita-Gesetz sind wichtige Maßnahmen für alle drei Bereiche schon zu Beginn dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Welche familienpolitischen Maßnahmen sind Ihnen darüber hinaus wichtig zur Stärkung von Familien?

Zunächst einmal ist gut, dass wir diese Schritte auf den Weg bringen konnten. Das ist auch ein Erfolg der Frauen Union. Mein erster Blick wird darauf gerichtet sein, genau zu schauen, wie diese Maßnahmen wirken. Beim Gute-Kita-Gesetz beispielsweise ist die Kuh noch nicht vom Eis. Hier gibt es durchaus noch erheblichen Klärungsbedarf zwischen Bund und Ländern. Für mich ist dabei wichtig, dass wir uns nicht nur auf Gebührenfreiheit fokussieren, sondern auch die Qualität im Blick behalten. Was hilft uns die Gebührenfreiheit, wenn die Gruppen zu groß sind und wir nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher finden. Auch die Gehaltshöhe genau für diese Berufsgruppe muss hierbei eine Rolle spielen. Außerdem möchte ich, dass wir als CDU bei der Entlastung der Familien noch weiter gehen. Gerade die Familien in der Mitte der Gesellschaft, die Eltern, die sich anstrengen und an die Regeln halten, müssen im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Der vollständige Abbau des Solidaritätszuschlags gehört in meinen Augen auf den Verhandlungstisch eines Koalitionsausschusses. Auch sollten wir an dem Ziel höherer Kinderfreibeträge unbedingt festhalten. Bei der Entlastung von Familien sind die Koalitionsbeschlüsse ein wichtiger Schritt; aber der reicht mir nicht. Ich will als Parteivorsitzende meinen Beitrag dazu leisten, dass wir weitere Schritte gehen. Für die CDU ist die Familie mehr als nur der Ort, an dem man sich den Kühlschrank oder das Passwort für das WLAN teilt. Familie ist mehr, dort wird Verantwortung füreinander übernommen und das ist unser Kernthema als CDU.

Frauen sind häufig der Schlüssel zur Integration der gesamten Familie. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um Migrantinnen schneller und besser in Deutschland in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren?

Dass Frauen und insbesondere Mütter regelrechte Integrationsmotoren sein können, das hat die Frauen Union schon früh erkannt – ich erinnere nur an Rita Süßmuth, Maria Böhmer und aktuell Annette Widmann-Mauz, die als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung hier einen ganz wichtigen Job hat. Wir müssen den Einfluss von Frauen in den Familien noch viel stärker nutzen. Wenn wir die Mütter und großen Schwestern erreichen, dann ist das ein ganz wichtiges Gegengift

gegen patriarchale und chauvinistische Gesellschaftsbilder. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir ohne Wenn und Aber dafür kämpfen, dass Migrantinnen, die zu uns kommen, selbstverständlich von den persönlichen Freiheiten profitieren, die Generationen von Frauen vor uns erkämpft haben. Dafür müssen wir sie aber genau über diese Freiheiten zunächst einmal informieren. Das betrifft die Integrations- und Sprachkurse. Das findet aber auch in den vielen Freiwilligeninitiativen wie Frauen-Cafés oder einem Projekt wie die Stadtteilmütter jeden Tag in unserem Land statt. Vielleicht wäre schon viel gewonnen, wenn wir mehr über diese Erfolge sprechen würden – denn das würde auch das Engagement tausender Frauen in unserem Land wertschätzen und noch mehr Migrantinnen ermutigen, die Chancen zu ergreifen, die unser Land ihnen bietet. Und wir brauchen natürlich noch viel mehr Vorbilder: erfolgreiche und selbstbewusste Migrantinnen, die beweisen, was unser Land Frauen zu bieten hat. Unsere Integrationspolitik folgt dem Grundsatz: Fordern und Fördern. Deshalb müssen wir auch bereit sein, mit einer klaren Erwartungshaltung etwas einzufordern. Wenn beispielsweise Ehemänner ihre Frauen von Integrationskursen fernhalten, dann dürfen wir das nicht dulden und müssen auch über Sanktionen sprechen. Genauso muss unser Rechtsstaat Verstöße gegen Grundrechte innerhalb der Familie mit aller Härte ahnden. Da wünsche ich mir mehr Mut und auch mehr Unterstützungs- und Hilfsangebote für Frauen.

Gleichberechtigung erreichen

Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Deutschland beträgt 21 Prozent. Deutschland ist mit diesem Wert eines der Schlusslichter in der Europäischen Union. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um diese Lohnlücke zu schließen? / Die Rentenlücke zwischen Frauen und Männer in Deutschland beträgt 53 Prozent. Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Stärkung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen vor? / Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit mehr Unternehmen sich aktiv für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen und um zu mehr Frauen in Führungspositionen zu kommen? / Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um zu besseren Aufstiegschancen und zu mehr Frauen in Führungspositionen im Öffentlichen Dienst und insbesondere der Bundesverwaltung zu kommen?

Oberstes Ziel muss es bleiben, dass Frauen die gleichen Chancen auf Karriere, Bezahlung und Mitspracherecht haben wie Männer – das gilt in der Wirtschaft genauso wie in der Verwaltung und in der Politik. Ohne Zweifel haben wir hier noch eine Menge zu tun. Gleichzeitig gilt es festzuhalten, dass es Frauen in Wirtschaft und Politik gelungen ist, einiges zu erreichen. Wir haben auch in der Politik schon eine Menge auf den Weg gebracht: Entgeltgleichheitsgesetz, Frauenquote für Aufsichtsräte, Mütterrente oder die im Koalitionsvertrag beschlossene gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025. Viele weitere beschlossene Maßnahmen zielen auf die allgemeineren Rahmenbedingungen, die Frauen bessere Chancen eröffnen: Verbesserte Bezahlung in den Sozial- und Pflegeberufen, Ausbau der Kinderbetreuung, die Brückenteilzeit und vieles mehr.

Wenn es um echte Gleichberechtigung geht, müssen wir diese Aufgabe als eine umfassende begreifen. Es wird nicht die eine Maßnahme geben, die dieses Ziel erreicht. Deshalb werde ich mich als Parteivorsitzende auch weiterhin beharrlich dafür einsetzen, dass wir Schritt für Schritt auf dem eingeschlagenen Weg vorankommen. Für mich bedeutet das konkret, dass wir uns nicht mehr auf dem Prinzip der Freiwilligkeit ausruhen. Es kann nicht sein, dass Unternehmen für die eigenen Vorstände eine Zielgröße von Null Prozent Frauen angeben. Das ist ökonomischer Unfug, und das

ist eine gesellschaftliche Bankrotterklärung. Bei der Rente haben wir aktuell mit dem Problem zu kämpfen, dass die heutigen Rentnerinnen eine viel schwierigere Erwerbsbiografie als Männer haben. Mit vielen beschlossenen Maßnahmen und der massiven Steigerung der Erwerbstätigenquote von Frauen haben wir für die Zukunft vorgebaut. Dies ist jedoch keine Antwort auf die heutigen Rentnerinnen. Die Mütterrente war deshalb ganz wichtig. Aber wir müssen uns noch einmal darüber Gedanken machen, ob nicht zum Beispiel auch die Pflege von Angehörigen bei der Rente berücksichtigt werden kann.

Die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt ist der Schlüssel für gesellschaftliche Gleichberechtigung und die soziale Absicherung von Frauen. Dabei spielt der Wandel der Arbeitswelt eine große Bedeutung, der auch Chancen in sich birgt: Tele-Arbeit, Home-Office und flexible Arbeitszeiten sind gerade für Mütter eine Möglichkeit, Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bekommen. Diese Chance entschlossen zu ergreifen ohne dabei auf Arbeitnehmerrechte zu verzichten, ist die große Herausforderung für die CDU in den kommenden Jahren. Ich möchte mich dieser Herausforderung stellen und baue dabei auch ganz besonders auf die Unterstützung der Frauen Union.